

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925

15.6.1925 (No. 135)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Ergebnis:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postkassente
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. A. M. u. v.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 2,60 Goldmark einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder sind bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kassenschein gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abrechnung, zwangsweise Vertretung und Kontoverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in unserer Lieferant, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewährung übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. — Abschlusstag der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. Beilagen zur Karlsruher Zeitung: Zentralanwaltsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

China und das russisch-japanische Abkommen

Aus Peking wird uns geschrieben:
Die schweren inneren Wirren, unter denen China in den letzten Jahren und besonders auch in den letzten Monaten gelitten hat, haben der Steigerung des nationalen Selbstgefühls, man kann schon sagen, der nationalen Empfindlichkeit keinen Abtrag getan. Das hat sich auch nach dem Abschluß des russisch-japanischen Abkommens wieder gezeigt. Obwohl manche chinesische Kreise dieses Abkommen als den Grundstein eines engeren Verhältnisses zwischen Rußland, China und Japan betrachtet und dementsprechend begrüßt haben, hat doch das chinesische Auswärtige Amt einen nachdrücklichen Protest gegen dieses Abkommen, soweit China davon berührt wird, den diplomatischen Vertretern Rußlands und Japans übermittelt.
In diesen feierlichen Verwahrungen, die, wenn auch nicht wortgemäß, so doch dem Sinne nach, miteinander übereinstimmen, wird darauf hingewiesen, daß das russisch-japanische Abkommen vom 17. Januar 1925 die territoriale Souveränität, die Rechte und Interessen Chinas verletze. Das Abkommen enthalte nämlich in seinem zweiten Artikel eine Anerkennung des Vertrages von Peking vom Jahre 1905. Einzelne Bestimmungen dieses Vertrages beträfen aber China und schränkten die chinesische Souveränität ein, indem Rechte, die sich Rußland in der Mandchurie angemessen hätte, an Japan abgetreten worden seien. Nachdem in dem russisch-chinesischen Abkommen vom 31. Mai 1924 ausdrücklich vereinbart worden sei, daß alle Verträge, die zwischen der früheren zaristischen Regierung und dritten Ländern abgeschlossen worden seien, für null und nichtig erklärt würden, soweit sie die Souveränität Chinas beeinträchtigten, müsse selbstverständlich die chinesische Regierung erklären, daß sie keine Bestimmung des russisch-japanischen Abkommens anerkennen könne, die den Vereinbarungen des russisch-chinesischen Vertrages zuwiderlaufe.
Der russische Botschafter Karachan hat in einer Antwort vom 26. Februar sich beeilt, die Besorgnisse des Waidjapu (chinesischen Außenamts) zu zerstreuen, nicht ohne einerseits die chinesische Regierung ein wenig zu ironisieren, andererseits aber mit einer gewissen Selbstgefälligkeit zu betonen, in wieviel höherem Grade der Sowjetstaat die Souveränität fremder Regierungen respektiere, als es die frühere zaristische Regierung getan hätte. Die Veruhigung für China liegt darin, daß in der Antwort nicht nur versichert wird, das russisch-japanische Abkommen enthalte keine einzige Bestimmung, die den Interessen Chinas zuwiderlaufe, sondern auch hervorgehoben wird, die Sowjetregierung habe gleichzeitig mit der Abschließung des Abkommens eine besondere Deklaration abgegeben, wonach sie sich von aller politischen Verantwortung für den Inhalt des Vertrages von Peking ledig erkläre. Ironisiert wird die chinesische Regierung, indem ihr vorgehalten wird, daß sie selbst zweimal, nämlich in einer Vereinbarung mit Japan vom 22. Dezember 1905 und in dem Vertrage mit Japan vom 1915 die durch den Vertrag von Peking von Rußland an Japan abgetretenen Rechte in China anerkannt habe, im Vertrage von 1915 sogar in noch viel ausgebehnter und bindenderer Form als in dem Abkommen von 1905.
Am charakteristischsten ist aber die nicht nur für China, sondern auch für das Ausland berechnete Hervorhebung der hohen politischen Moral des Sowjetstaats. Darauf wird an zwei Stellen der russischen Note hingewiesen. An der einen Stelle heißt es: „Die zaristische Regierung — mit dem „sans gêne“, das einer imperialistischen Macht eigentümlich ist — fühlte sich in China als Herr im eigenen Hause und trat deshalb, ohne sich um die chinesische Regierung zu kümmern, einem anderen Lande Territorien und Rechte ab, welche die zaristische Regierung selbst in der Mandchurie an sich gerissen hätte“. An einer anderen Stelle der Note wird gesagt: „Die Sowjetrepublik ist gegenwärtig die einzige Macht, die aus eigenem Antriebe die ungerechten Verträge verworfen hat, die der chinesischen Regierung früher auferlegt worden sind; sie hat mit der Republik China einen Vertrag abgeschlossen, den auf den Grundfragen der Gleichheit und Gerechtigkeit aufgebaut ist.“
Diese Bemerkungen sind sicherlich darauf berechnet, einerseits in China, wo bolschewistische Anschauungen eine

gewisse Verbreitung gefunden haben, der Sowjetrepublik neue Sympathien zu werden, dann aber auch über die Grenzen Chinas hinaus einen für Sowjetrußland günstigen Eindruck zu machen.

Deutscher Reichstag

Am Samstag wurde die Beratung des Etats des Innern fortgesetzt. Verbunden waren damit Erörterungen über die Flaggenfrage, das Republikfluchtgesetz und den Staatsgerichtshof. Nachdem am Freitag der Vertreter des Zentrums im Reichstag erklärt hat, das Zentrum lege besonderen Wert auf die Feststellung, daß es dem Reichsinnenminister nicht auf dem Wege einer Verfassungsreform folgen will, haben am Samstag zwei kleine Regierungsparteien die Erklärung abgegeben, daß sie überhaupt keine Erörterung der Flaggenfrage wünschen. Der Redner der Wirtschaftspartei erklärte, daß die Wiedereinführung von Schwarz-weiß-rot ein nicht geringerer Fehler wäre als die Abschaffung dieser Flagge im Jahre 1919. Nach entschiedener Forderung der Führer der Bayerischen Volkspartei, Abg. Domkapitular Reich, die Zurückziehung des Flaggenantrages. Der Führer der Demokraten erklärte, daß das deutsche Volk jetzt durch eine Neuaufrollung der Flaggenfrage nicht wieder in neue heftige Kämpfe gestürzt werden dürfe. Der Reichsminister des Innern, Schiele, äußerte sich sodann in längeren Darlegungen.

Eröffnung der Sitzung um 1 Uhr nachmittags. In der fortgesetzten allgemeinen Aussprache über den Haushalt des Reichsministeriums des Innern bespricht

Abg. Koch-Weiser (Dem.) zunächst die Pläne einer Verfassungsreform. Er sei der Meinung, daß die Weimarer Verfassung sich bewährt habe. Der Reichsverfassung haben wir es zu verdanken, wenn das Volk in den letzten Jahren nicht untergegangen, die Wirtschaft aufrecht erhalten und die Einheit des Volkes besser gewahrt worden ist, als es sonst in Zeiten der Not unter der Herrschaft der Fürsten der Fall gewesen ist. Jetzt ist es notwendig, die Verfassung nicht abzubauen, sondern aufzubauen. Wir brauchen jetzt nicht eine Verfassungsreform, sondern eine Verwaltungsreform größter Art. Der Minister empfiehlt einen Ausschuss zur Verfassungsreform und sagt nicht einmal, in welcher Richtung die Reform gehen solle. Nicht einmal darüber wird etwas gesagt, wie das Verhältnis des Reiches zu den Ländern geändert werden soll. Will man mit der Verfassungsreform etwa die Volkssouveränität aufheben? Die Pläne des Herrn v. Kardorff auf Abschaffung des gleichen Gemeinbewahrechts sind geradezu utopisch. Der Redner wendet sich dann der bayerischen Denkschrift zu. Er unterstützt einige ihrer Forderungen, die sich gegen den bürokratischen Zentralismus wenden, bekämpft aber andere. Unter keinen Umständen darf unser Volk jetzt durch eine neue Aufrollung der Flaggenfrage wieder in neue heftige Kämpfe gestürzt werden.

Abg. Reibold (B. Vg.) hält es für falsch, den Freunden einer Verfassungsreform reaktionäre Absichten zu unterstellen. Eine Heraushebung des Wahllagers sei eine unumgängliche Notwendigkeit. Es sei ein Fehler gewesen, nach dem Siege die Pläne zu wechseln. Es wäre aber eine Wiederholung dieses Fehlers, wenn jetzt schon wieder die schwarz-rot-goldene Flagge abgeschafft werden solle. Wir sind dagegen, daß durch eine Volksabstimmung über die Flaggenfrage neue Erregung ins Volk getragen wird.

Abg. Nolte (B. Vg. — Deutsch-Hannoveraner) wendet sich gegen eine etwaige Aufhebung des Art. 18 der Reichsverfassung. Der Reichstag müsse dem verfassungsmäßigen Selbstbestimmungsrecht der Länder, das im Art. 18 angedeutet sei, seinen Schutz gewähren.

Abg. Reich (Bayerische Volkspartei) wendet sich grundsätzlich gegen jede Verfassungsänderung. Gerade deshalb müsse man aber die Einsetzung eines Verfassungsausschusses als notwendig bezeichnen. In ruhigeren Zeiten müsse die Weimarer Verfassung reformiert werden. Es genüge nicht, die Länder mit Klammern zusammenzuhalten, vielmehr müsse das Fundament des Reiches befestigt werden. Die bayerische Denkschrift stelle nur ein Dokument dar, das sagen solle, wie besorgt die bayerische Regierung um die Selbstständigkeit Bayerns sei. Wenn die Flaggenfrage jetzt aufgerollt werde, so würde man ein Auseinanderfallen der verschiedenen Gegenstände erleben, das in der gegenwärtigen schwierigen außenpolitischen Lage im Interesse des einzigen Deutschlands vermieden werden müsse.

Reichsinnenminister Schiele

Aus der Debatte hat sich eine gewisse Einheit des Zieles ergeben, gegenüber dem Inneren, das der Nation von außen gesehen könnte. Wir werden in der nächsten Zeit zu Taten gezwungen sein. Darum liegt mir heute nichts ferner als eine parteipolitisch zugespitzte Polemik. Die Reichseinheit ist das kostbarste Gut, das wir aus dem Zusammenbruch gerettet haben. Diese Betonung der Reichseinheit hindert uns nicht, in föderalistischem Sinne das Eigenleben der Länder zu sichern. Ich bin im Ausschuss über meine persönliche Stellung zur Verfassung gefragt worden und will darauf ganz offen antworten. Dadurch, daß ich den Eid auf die Verfassung geleistet und das Amt des Ministers übernommen habe, ist eigentlich schon diese Frage dahin beantwortet, daß ich die Verfassung als bindendes Recht und als verfassungsrechtlich Grundlage meiner amtlichen Tätigkeit ansehe. Ich will aber keinen Zweifel darüber lassen, daß ich für meine persönliche

Auffassung diejenige Freiheit beanspruche, die Art. 118 der Verfassung jedem deutschen Staatsbürger einräumt. In der jetzigen schweren Zeit steht im Vordergrund nicht die Frage der Staatsform, sondern des Staatswesens. Die Verfassung ist die Grundlage unseres Staates. Aber sie ist kein ewiges Recht.

Schon am 3. Oktober 1923 hat der damalige Reichskanzler Dr. Stresemann für sein Kabinett, dem auch Sozialdemokraten und Demokraten angehörten, erklärt: Wirkliche Abhilfe kann nur geschaffen werden, durch eine grundlegende Änderung des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern.

An der bayerischen Denkschrift können wir nicht achtlos vorbeigehen, auch wenn wir nicht jedes Wort darin deuten wollen. Wenn wir im Sinne dieser Vorschläge zu einer Dezentralisation der Verwaltung kommen, so bedeutet das nicht eine Schwächung, sondern eine Stärkung des Reichsgebantens. Nach der Verfassung sind die Reichsfarben Schwarz-Rot-Gold. Daraus ergibt sich von selbst, daß sie Anspruch auf den Schutz des Staates haben, den zu gewähren ich durchaus gesonnen bin. Ich bin der letzte, der bestreiten wollte, daß auch für schwarz-weiß-rot Deutschland die Farben Schwarz-Rot-Gold tiefe Verehrung genossen haben, als das Symbol, unter dem die Jugend für Deutschlands Einheit und Freiheit gekämpft hat. Ich habe die feste Hoffnung, daß es gelingen möge, eine Lösung zu finden, die dem inneren Empfinden unseres Volkes Rechnung trägt und die zum Herzen unseres Volkes spricht.

Der Minister wendet sich dann den kulturellen Aufgaben seiner Verwaltung zu und bezeichnet es als sein Streben, die sittliche und körperliche Erziehung der Jugend mit allen Kräften zu fördern. Die Erhaltung der körperlichen und sittlichen Gesundheit unseres Volkes wird uns nötigen, den übermäßigen Zustrom von Ausländern auch im Osten einzudämmen. Der Minister wies zum Schluß mit Benützung auf die Treue der Auslandsdeutschen hin.

Abg. Kube (D. Völk.) ist für Schwarz-Weiß-Rot, nachdem die Linke sich aber die deutschen Farben Schwarz-Rot-Gold als Parteifarben angeeignet habe. Wir wollen Preußen nicht zerstückeln lassen. Wir halten die ganze Weimarer Verfassung für undeutsch. Das parlamentarische System lehnen wir grundsätzlich ab. Das Auslandsdeutschtum muß eine Vertretung im Parlament erhalten. Das von Abg. von Kardorff gewünschte plutokratische Gemeinbewahrecht lehnen wir ab.

Abg. Dr. Rosenfeld (S.) bezeichnet die Rede des Ministers als dürrig und gedankenarm. Der Redner wandte sich gegen die Anträge auf Änderung der Reichsfarben, des Wahlrechts und gegen die Einrichtung eines Verfassungsausschusses. Abg. Schlange (D.). In einer Zeit, in der Deutschland vielleicht vor die schwerste Schicksalsentscheidung gestellt wird, dürfe man der Welt nicht das Beispiel inneren Habers bieten. Jetzt dürfe nicht der Streit um die Staatsform ausgegagelt werden. Der 18. Januar sei der gebotene deutsche Nationalfeiertag, nicht als Tag der Kaiserproklamation, sondern als Tag der deutschen Einigung, die auch die alten Demokraten unter der Schwarz-Rot-Goldenen Fahne angestrebt hätten.

Gegen 17 Uhr wird die Weiterberatung auf Montag 2 Uhr nachmittags verlagert.

Der Reichseisenbahnrat

Unter dem Vorsitz des Reichsverkehrsministers Krone trat am Samstag der Reichseisenbahnrat erstmalig nach der Neuorganisation der deutschen Eisenbahnverhältnisse zusammen. Der Reichsverkehrsminister wies darauf hin, daß der Reichseisenbahnrat auch zukünftig als beratendes Organ in wichtigen Verkehrsfragen dem Reichsverkehrsministerium zur Seite stehen werde, um ihn bei der Erfüllung der durch das Reichsbahngesetz ausgewiesenen Aufgaben zu unterstützen. Ministerialrat Niemann vom Reichsverkehrsministerium betonte, daß seit dem Übergang der deutschen Reichsbahn auf die Gesellschaft eine Erhöhung der Gütertarife nicht erfolgte, daß vielmehr zahlreiche Ermäßigungen in Gestalt von Ausnahmetarifen durchgeführt wurden.

Staatssekretär Vogt hob hervor, daß die in der Öffentlichkeit vielfach vertretene Befürchtung eines fremdländischen Einflusses nach den bisherigen Erfahrungen nicht begründet sei. Die 10prozentige Erhöhung der Personentarife hatte keinen Rückgang des Verkehrs zur Folge, dagegen sei seit Mai ein Rückgang des Güterverkehrs zu beklagen, wodurch der Reichsbahn-Gesellschaft bei ihrer künftigen Tarifpolitik große Vorzicht auferlegt würde. Er teilte weiter mit, daß der geltende Gütertarif zurzeit einer umfassenden Nachprüfung unterzogen werde, hauptsächlich im Hinblick auf die Verhältnisse mit hohen Belastungen bei nahen Entfernungen und hochwertigen Gütern. Über die von mehreren Seiten geforderten Wasserumschlagstarife stehe eine Entscheidung auf Grund eingehender Prüfungen in absehbarer Zeit bevor. Die Reichsbahn sei ferner bestrebt, die Beförderungen im Personen- und Güterverkehr ständig weiter zu verbessern. Bei der sich anschließenden Aussprache wurden die vorstehend ange-deuteten Punkte, sowie die Frage des Kraftwagenverkehrs insbesondere des Postpersonenverkehrs eingehend behandelt. Den beiden Sonderberichten über Erhöhung der unter den Selbstkosten liegenden Frachttarife für Steine zum Weggabau usw., Einführung von ermäßigten Frachttarifen für Eisenbahnzeug zur Herstellung von Baumwerkstätten des Eisens, Hohl- und Brückenbauens, sowie von Schwimmböden, stimmte der Reichseisenbahnrat mit großer Stimmenmehrheit zu.

Ablehnung des Zolltarifs. Der zollpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrats hat in seinen Beratungen am Samstag die Zollvorlage der Regierung abgelehnt und ausgesprochen, daß sie kein geeignetes handelspolitisches Instrument zur Verwirklichung langfristiger Handelsverträge sei.

Politische Neuigkeiten

Rheinlandkundgebung vor dem Reichstag

Bei regnerischem Wetter fand am Sonntag in Berlin unter großer Beteiligung eine Kundgebung für die Befreiung der Rheinlande im Rahmen der Jahrausdeutung statt. Es war ein überwältigendes Bild, als die Vertreter aller deutschen Stämme von Nord und Süd, Ost und West, Frauen vielfach in landsmannschaftlicher heimlicher Tracht mit ihren Fahnen anrückten, ein ganzes, großes, geschlossenes Gefüge, dem sich in Wäldern studentische Verbindungen mit ihren Fahnen anreiheten. Besonders starken Beifall erweckte es, als Mädchengruppen des Verbandes der Auslandsdeutschen aufzogen und Württemberger und Schwarzwälder in Heimattracht erschienen. Der gemischte Chor des Ost- und Westpreußenbundes eröffnete mit einem Vortrage die Feier. Dann sprach der frühere Oberbürgermeister der Stadt Köln, Reichsminister a. D. Wallraf. Der Reichsminister für die besetzten Gebiete, Prenten, begrüßte die deutschen Landsmannschaften aller Stämme. Glücklich sei der Gedanke gewesen, den Abstimmungsgedanken in Ost- und Westpreußen mit dieser Jahrausdeutung zu verbinden. Für Ostpreußen sprach in Erinnerung des Abstimmungstages am 11. Juli ein Vertreter der damaligen Abstimmungskommission Boraschy-Meinstein. Während der Feier freuten Flugzeuge der Jüdensgesellschaft über der großen Versammlung.

Drohender Zollkrieg mit Polen

Mit dem 15. Juni läuft die im Verfallenen Vertrag vorgesehene Verpflichtung Deutschlands ab, nach der monatlich 500 000 Tonnen Kohlen im Werte von etwa 5 Millionen M. aus Polen abzunehmen sind. Mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage wurde dieser Termin von Anfang an von Polen als kritischer Tag erkannt, und nach polnischen Angaben müßte beim Fortfallen dieser Kohlenlieferungen an Deutschland 30 000 Arbeiter in Oberschlesien entlassen werden.

Die Verhandlungen, zum Abschluß des Handelsvertrages zwischen Deutschland und Polen, die seit dem 3. März im Gange sind, und in denen die Kohlenlieferungen an Deutschland eine große Rolle spielen, führten bisher noch zu keinem Erfolge. Das deutsche Angebot, monatlich 80 000 Tonnen Kohlen nach Deutschland einzuführen, wurde von Polen als Verhandlungsbasis abgelehnt. Wie die Berliner Blätter betonen, ist auf deutscher Seite nach wie vor die Bereitschaft vorhanden, eine Verständigung herbeizuführen, wodurch der Abschluß eines provisorischen Preisbegünstigungsvertrages ermöglicht würde. Selbstverständlich müßten die deutschen Interaktionen auf der vollen Wahrung der deutschen Interessen bestehen.

Nach einer Meldung der „Wostischen Zeitung“ aus Warschau bereitet man sich auf einen Zollkrieg vor, dessen erste Folgen von der polnischen Presse allerdings betonen werden. Von der Regierung sollen angeblich umfangreiche Maßnahmen für die Sperrung der deutschen Industrieexporte nach Polen vorbereitet werden. — Deutscherseits wird den Blättern zufolge betont, daß Polen ein stärkeres Interesse habe als Deutschland, daß die Vertragsverhandlungen nicht abgebrochen werden. Auch die deutsche Regierung und die deutsche Industrie hätten keinerlei Interesse an einem Handelszollkrieg mit Polen. Deutschland sei jedenfalls zu weiteren Verhandlungen bereit.

Kurze Nachrichten

Der Ausschuss des Reichstages hat nach mehrwöchiger Beratung die Fassung des § 11 des Aufwertungsgesetzes genehmigt, der die Voraussetzungen der Aufwertung in dem Fall, daß der Gläubiger bei Aufwertung den nach dem 15. Juni 1922 sich seine Rechte nicht vorbehalten hat, festsetzt.

Der Reichsminister des Innern Schiele wird, wie die „Tägliche Rundschau“ hört, in Köln und Koblenz an den Jahrausdeutungen teilnehmen.

Der Ausnahmezustand beschäftigte sich u. a. mit dem sozialdemokratischen Antrag zur völligen Aufhebung der noch in Kraft befindlichen Bestimmungen über den Ausnahmezustand. Der Staatsminister des Innern Stübel erklärte, daß die Abänderung des Ausnahmezustands noch nicht völlig aufgegeben werden könne. Auch das Verbot der Aufhebung des Ausnahmezustands nach längerer Debatte wurde der sozialdemokratische Antrag mit den Stimmen der Koalitionsparteien abgelehnt.

Nichtabgeordnete Bürgermeister Wagner von Kaptau (Ostpreußen) starb am Sonntag infolge Herzschlages.

Badisches Landesbühnen

Zum erstenmal: Auf Pippa tanzt
Ein Glasbüttenmärchen in 4 Akten von Gerhart Hauptmann
In Szene gesetzt von Felix Baumbach

„Auf Pippa tanzt“ fand zur Zeit des Erscheinens (1906) wenig Verständnis. Der rationale Naturalismus war noch nicht überwunden. Je mehr das Irrationale in den folgenden Jahren und namentlich nach dem Kriege sich durchsetzte, um so mehr wurde auch die dichterische Qualität des Glasbüttenmärchens erkannt. Man hat wieder gelernt, daß die reiflose verstandesmäßige Erklärbarkeit in unbedingter logischer Kausalverbundenheit noch lange keinen Maßstab für den ästhetischen Wert eines Kunstwertes ergibt. Und wenn man deshalb auch lange noch nicht, jede Unklarheit, jede unzusammenhängende Stimmigkeit dunkler Sinnhaftigkeiten als ursprüngliche gottbegnadete Poesie auszugeben braucht, so würde doch mit Recht wieder gefühlsmäßiges Erleben ausschlaggebend bei der beurteilenden Wertung von Kunstwerken.

Allenfalls finden daher auch wieder Aufführungen dieses Märchenstücks statt, dem der Dichter bei seiner Krausführung erklärende Erläuterungen vorausschickte, ohne daß dadurch alle die verschiedenen Personen und ihre gegenseitigen Beziehungen den wissbegierigen Hirnmenschen erhellt worden wären. Heute verzichten wir gerne auf solche Interpretationen, aber wir wissen wenigstens, daß sie uns nur eine Strecke weit in das Innere der Dichtung zu führen vermögen, der letzte Rest wird immer rational unerklärbar sein. Es ist im Grunde auch gleichgültig, ob Pippa das Symbol der Schönheit ist, oder das vor uns tanzende Pünktchen ewiger Sehnsucht oder das uns narrende und beseeligende Ewigweibliche, das bei allem Höbertreiben doch nie sich von dem Naturhaften lösen kann, das Eros und Sexus nie von einander trennen kann, weil sie die beiden Seiten seiner untrennbaren Natur sind.

Pippa wird von allen begehrt, von dem genussüchtigen Durchschnittsmenschen, dem lebensmüden Glasbüttenmeister, von dem naturhaften Triebwesen (Guhn), von der reinen

Die Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich sind wie aus Berlin gemeldet wird, in den verschiedenen Unterkommissionen nunmehr soweit fortgeschritten, daß sie in ein entscheidendes Stadium kommen. Der Leiter der deutschen Delegation, Staatssekretär Dr. Trendelenburg, begibt sich daher heute, Montag nach Paris um für diese entscheidenden Verhandlungen die Leitung selbst wieder zu übernehmen.

Frankzösische Generalswahlen. Bei den am Sonntag abgehaltenen Wahlen für 40 Sitze im Generalrat des Seine-departements wurden 21 Generalsräte gewählt. Für 19 Sitze hat eine Stichwahl stattgefunden. Von den Gewählten gehören sechs Mitglieder den kommunistisch-sozialistischen (Disidenten der 3. Internationale), vier der kommunistischen Partei, vier der Sozialistischen Partei und zwei der Radikalen Partei an. Vier der Generalsräte sind linksrepublikaner und einer ist republikaner. Die Wahlen erstreckten sich auf die Gegend von Paris.

Badischer Teil

Badischer Landtag

Das Gebäudefondsteuergesetz

Im weiteren Verlauf der Beratung des Gesetzesentwurfes über die Änderung des Gebäudefondsteuergesetzes durch den Haushaltsausschuss des Badischen Landtags brachte Abg. Freudenberg (Dem.) einen Antrag ein, der lautet: „Der zur Förderung des Kleinwohnungsbaus erforderliche Betrag soll durch eine Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer anstatt durch Erhöhung der Gebäudefondsteuer aufgebracht werden.“ In der sich daran anschließenden Aussprache bemerkte ein Zentrumsredner es gehe nicht an, die im Frühjahr gesenkte Steuer jetzt wieder zu erhöhen. Der Finanzminister verwies darauf, daß Klagen über die Höhe der badischen Besteuerung des Grund- und Betriebsvermögens von allen Seiten laut wurden, man müsse dem aber die in Baden gegebenen niedrigeren Sätze der Gebäudefondsteuer an die Seite stellen. Der sozialdemokratische Vertreter erklärte, seine Fraktion sei bereit, der Erhöhung der Gebäudefondsteuer zuzustimmen, wenn alle, auch die Landwirtschaft, mitzahlen und wenn die gesamten Mittel dem Wohnungsbau zufließen. Der Redner der Deutschen Volkspartei forderte die Beschaffung der Mittel durch eine Anleihe bzw. eine Staatsbürgschaft. Der Antrag Freudenbergs wurde dann mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten, Deutschnationalen und Kommunisten angenommen. Wirtschaftspartei und Deutsche Volkspartei enthielten sich der Abstimmung; Zentrum und Landvölkchen stimmten dagegen.

In Verbindung mit dem Gesetzesentwurf standen eine größere Anzahl Anträge. Angenommen wurden neben dem Zentrumsantrag zur Befreiung der landwirtschaftlichen Gebäude ein Zusatzantrag der Deutschen Volkspartei, daß auch nichtvermietete gewerbliche Räume und Eigenwohnungen bis zu 1000 M. Mietwert frei werden sollen, ferner ein sozialdemokratischer Antrag, wonach sämtliche Sozial- und Kleinrentner, Kriegsbeschädigte, Kriegervitwen und Empfänger von Kriegselternrenten und Arbeitslosenunterstützungen von der Gebäudefondsteuer befreit sind. Weiter ein sozialdemokratischer Antrag, der alle Mieter befreit, die unter 3000 Mark Jahresentlohnung haben. Annahme fand auch ein Zentrumsantrag, wonach die Steuer auf Antrag des Hausbesizers um den Betrag ermäßigt werden soll, um den die tatsächliche Miete zurückbleibt hinter dem Betrag, den sie ausmachen müßte, wenn die Friedensmiete einer sechsprozentigen Verzinsung des investierten Kapitals gleich käme. Ein Antrag von Au (Wirtschaftspartei) auch in Baden den Abbau der Wohnungsmanagementschicht in gleicher Weise anzubahnen wie Württemberg, fand ebenfalls Annahme, desgleichen ein Antrag von derselben Seite der, soweit reichsgesetzlich nichts anderes bestimmt ist, für die Verzinsung des Eigenkapitals mindestens die gleiche Steuerermäßigung verlangt, wie für das aufgewertete fremde Kapital.

Auf die Anfrage des Ministers, was nun mit der Vorlage geschehen soll, erklärte der Vorsitzende des Haushaltsausschusses, die Anträge seien angenommen und die Regierungsvorlage damit erledigt.

(In den Blättern der Parteien werden über diese Sitzung des Haushaltsausschusses noch längere Berichte veröffentlicht. Wir werden eventuell davon noch Notiz nehmen.)

Landwirtschaftskammerwahlen

Wahlbezirk Konstanz (vorläufiges Wahlergebnis): Wahlgang der Landwirte: Bauernverein 10 686, Genossenschaftsverband 4065, Landwirtschaftlicher Verein 2069, Pächterverband 468. Voraussetzliche Verteilung der 9 Sitze: Bauernverein 6, Genossenschaftsverband 2, Landwirtschaftlicher Verein 1, Pächterverband nichts. Wahlbeteiligung rund 27 Prozent. — Wahlgang der Arbeitnehmer: freie Landw. Arbeiter 1297, Landarbeiterverband 967. Voraussetz-

liche Verteilung der 4 Sitze: auf jede Liste je zwei. Wahlergebnis kann erst am 18. Juni endgültig festgestellt werden. Es stehen in beiden Wahlgängen noch einige Gemeinden aus.

Wahlbezirk Freiburg (endgültiges Wahlergebnis): Wahlgang der Landwirte: Wahlberechtigte 101 413, abgegebene Stimmen 22 123, gültige Stimmen 21 974. Wahlbeteiligung 21,81 Prozent. Es erhielten: Bauernverein 12 458, Genossenschaftsverband und Landbund 5936, Landwirtschaftlicher Verein 1851, Pächterverband 729 Stimmen. Gewählt sind von den Wahlvorschlagslisten: Bauernverein: Schill-Merabäusen, Fackler-Weibach, Lang-Reichenbach-Bingmann, Vierer-Keldershausen, Müller-Meisenheim, Frhr. v. Gleichenstein-Oberrotweil, zusammen sechs Sitze; Genossenschaftsverband und Landbund: Kläber-Gundelfingen, Barmann-Merbingen, Salsg-Springen, zusammen drei Sitze; Landwirtschaftlicher Verein: Schönenberger-Mindenhof, zusammen 1 Sitz. Der Pächterverband erhält keinen Sitz.

Wahlbezirk Karlsruhe (endgültiges Wahlergebnis): Wahlgang der Landwirte: Wahlberechtigte 63 103, abgegebene Stimmen 12 293, gültige Stimmen 12 220. Wahlbeteiligung 19,37 Prozent. Es erhielten: Bauernverein 5429, Genossenschaftsverband und Landbund 5455, Raiffeisenorganisation 822, Landwirtschaftlicher Verein 1014 Stimmen. Gewählt sind von den Wahlvorschlagslisten: Bauernverein: Siegelmayer-Wangenbühlchen, Morgenstaler-Fautenbach, Stahar 4 Sengen, zusammen drei Sitze; Genossenschaftsverband und Landbund: Schittenhelm-Augustinberg, Müller-Karlsruhe, Gores-Friedrichstal, Keller-Durlach, zusammen vier Sitze; Raiffeisenorganisation und Landwirtschaftlicher Verein erhielten keine Sitze.

Wahlbezirk Mannheim (endgültiges Wahlergebnis): Wahlgang der Landwirte: Wahlberechtigte 72 706, abgegebene Stimmen 26 401, gültige Stimmen 26 299, Wahlbeteiligung 36,16 Prozent. Es erhielten: Bauernverein 10 102, Genossenschaftsverband und Landbund 14 684, Landwirtschaftlicher Verein 1242, Raiffeisenorganisation 290 Stimmen. Gewählt sind von den Wahlvorschlagslisten: Bauernverein: Dombler-Oberheim, Göhl-Mulheim, Müffel-Robenfeld, Bauer-Schweiberg, zusammen vier Sitze; Genossenschaftsverband und Landbund: Gohard-Springen, Seis-Sedenheim, Stahl-Heidenstätt, Verbel-Lochbach, Ladert-Lochbach, Franzenhof, zusammen 6 Sitze. Auf die Wahlvorschlagsliste Landwirtschaftlicher Verein und Raiffeisenorganisation entfallen keine Sitze.

Tagegaben

Tagung der Deutschen Bibliothekare. Kürzlich fand die deutsche Bibliothekare zu ihrer 21. Tagung in Freiburg i. Br. zusammengetreten. Hierbei referierte Direktor Hilsenbeck über die 25jährige Tätigkeit des Vereins Deutscher Bibliothekare, Professor Jelder-Wiesbaden über die „Sachfaktologisierung und Aufstellung von Bibliotheken“, Unter anderem sprach auch Bibliothekar Neß über den ihm anvertrauten süddeutschen Leihverkehr, sowie Stadtbibliothekar Kiehnner-München über die Deutsche Buchausstellung in Chicago und das amerikanische Bibliothekswesen.

Der Badische Verkehrsverband hält am Samstag, den 20. Juni 1926 in Bad Dürrenberg (9.30 vorm. im Kurhaus beginnend) seine diesjährige ordentliche Generalversammlung ab. Die Tagesordnung umfaßt u. a. folgende Punkte: Die steuerliche Belastung der Fremdenverkehrsbetriebe, Herausgabe einer illustrierten Zeitschrift über Baden und den Schwarzwald, und die Bildung eines Vorkommensausschusses. Tagesabende finden nachmittags Sitzungen des Vorstandes und des Landesauschusses im Kurhaus statt. Außerdem wird der Sportfilm „Winterport im Schwarzwald“ und ein Film über die Schwarzwaldbahn vorgeführt. Am Sonntag, den 21. Juni ist ein Ausflug mit Straßenwagen nach der Burg Hohenzollern geplant.

Gemeinde-Rundschau

Die Pfalzheimere Schauspielhaus-Frage, die in letzter Zeit so viel Staub aufgewirbelt hat, dürfte jetzt für einige Zeit zur Ruhe gekommen sein; in der jüngsten Sitzung des Stadtrats wurde nämlich ein Vertrag der Eheleute Leicht und des Theaterdirektors Max Müller geschlossen, wonach den Eheleuten Müller das Schauspielhaus ab 1. Sept. cr. auf zwei Jahre vermietet wird.

Umbau der Bruchstater Dragonerkaserne. Der vom Stadtrat angeforderte Betrag von 200 000 M. für den Umbau der Dragonerkaserne in eine Volksschulhausanlage wurde vom Bürgerausschuss einstimmig bewilligt.

Der Bürgerausschuss der Stadt Konstanz beriet am Freitag über den Voranschlag von 1925-1926. Aus den Beschlüssen ist besonders hervorzuheben, daß die Fremdensteuer mit sofortiger Wirkung abgelehnt wurde, während die Getränkesteuer beibehalten wird. Zum Schluß der Sitzung wurde einstimmig beschlossen, die Umlage für das laufende Jahr auf 60 Pfennig festzusetzen.

phantasievollen Jugend Michel Hellriegel und selbst der abgeklärte, entmaterialisierte Weise Mann erblickt sie mit Wohlgefallen und leidvoller Enligung. Die Weisheit mag die Triebhaftigkeit besiegen, der Geist der Natur, aber Pippa wird trotz des Bestrebens ihres Gros von dem Sexus doch sich nie von dem unterliegenden Guhn, dessen Herz mit dem Rhythmus von Mutter Erde schlägt, lösen können, sie wird noch im letzten Augenblick seinem Auf folgen und nur der ewig junge Michel Hellriegel vermag an ihrer Hand seinem Schönheitsreich der Träume, dem Reiche des reinen Eros entgegenzuwandern; allerdings hat auch er in seiner weltfremden, schmerzhaften Phantasie sie nicht festhalten können, so lange noch sein sinnliches Auge irdischer Ärgernisse zugewandt war. Erst als sich dieses schloß und dafür sein inneres Auge sehend geworden ist, wird er ihr vernähnt, aber auch nur ihrem Schatten; jetzt ist er glücklich im Reiche des Gros, im Reiche der Sehnsuchtswünsche.

Dieser Michel Hellriegel, der nahe Verwandte des Hans im Glück unseres Märchens, ist ein echter deutscher Michel, wie er uns aus der Fülle romantischer Märchengestaltungen vertraut und lieb geworden ist, er ist ein Bewohner der Welt Jean Pauls, E. T. A. Hoffmanns, Schwinds und Schumanns. Die Vieldeutbarkeit der Dichtung könnte gerabazu verleiten in ihn eine Formung des dem nordischen Deutschen eingeborenen Sehnsuchtsstrebens nach dem Süden zu erblicken. Und der Dichter selbst weist ja darauf hin, wenn er schreibt: „Ja, was schwebte mir nicht alles vor! Ich dachte an eine Vermählung des deutschen Genius in Gestalt des Michel mit dem Ideal südländischer Schönheit, wie es sich in Pippa verkörpert.“ Pippa, das italienische Wundsbild, das seit dem Mittelalter nur Deutsche lodi und narri, uns Fluch und Segen bedeutet. Auch Hauptmann treibt es immer wieder gen Süden, auch ihn lodi immer wieder das Pünktchen, auch er braucht Pippa.

So ist das Glasbüttenmärchen Menschheitsdichtung, Volksymbol und Selbstkenntnis. Wir verstehen daher, wenn Hauptmann meint, er habe Besseres taun zu sagen. Dieses Werkstück im Keinen Rahmen bleibt unbillig mit meinem Wesen vertritt.“ Gewiß haben sich nicht alle Vorstellungen

des Dichters restlos zur Anschauung verbichtet, gar manches in der Personengestaltung und den Handlungsbeziehungen ist tot und allegorisch geblieben. Der Gesamtindruck ist aber dennoch der eines lebenswarmen Dichtwerks, das aus rauher Wirklichkeit goldenes Märchen erwachsen läßt, das seltsame Wünsche und sehnsuchtschwere Träume aus harter Not und schmerzvollem Leid gebiert und diese innig verbundene Welt des Doppelseins mit lächelndem Humor umrarrt.

Diese reichen Elemente seines bewußt zwiespältigen Gehalts, künstlerische Einheit auf der Bühne werden zu lassen, bedeutet für den Regisseur eine schwere Aufgabe! Der von Brahm bestimmte Inszenierungstil der Hauptmannwerke vermochte diese Aufgabe nicht zu lösen. Nach dem Krieg hat man versucht, sich Hauptmanns Werk auf neuen Wegen zu nähern: Fehling und Kahner in Berlin, Daxinger in Darmstadt, Seine in Wien, Weichert in Frankfurt u. a. haben mit ihren Inszenierungen neue Werte daraus gehoben. Dabei wurde auch „Auf Pippa tanzt“ neu entdeckt. Daß Felix Baumbach auch hier in Karlsruhe sich dieser schwierigen Aufgabe unterzog — eine besondere Weisheit des Spielplans, ausgerechnet im Hochsommer dieses Wintermärchen zu bringen, kann ich allerdings nicht erkennen — ist schon als Versuch dankenswert. Um so mehr als er auf richtigem Wege zeigte. Das Ziel erreicht hat er allerdings nicht. Es blieb zubielt zwiespältiges, ungelöstes, Gedächtes, Totes. Trotz seines erkennbaren Willens zum Realistischen, Lyrischen, Märchenhaften konnte er sich von dem Naturalistischen nicht lösen. Immer noch siegte das Rationale über das Irrationale, und gelegentlich artete das ererbte Irrationale, das er mit Recht unter Beihilfe der musikalischen Schwärze Kunst zu erreichen suchte, in Dornenästhetik aus, wie am Ende des 11. Aktes, wo er die Sonnenbegabung des Naturwesens Guhn durch ein horisches Echo erwidern ließ. Die dem Einfall zugrunde liegende Idee von dem Rainwesen war dabei durchaus richtig und verdient hervorgehoben zu werden. Sie artete sich ja auch in der Verkörperlichung der Rolle des Guhn aus, die Baumbach selbst übernommen hatte. Aber auch dabei konnte ich trotz der reichen und starken Mittel, die

Aus der Landeshauptstadt

Der Sonntag

Die Landeshauptstadt hatte am gestrigen Sonntag einen lebhaften Fremdenverkehr zu verzeichnen. Einen Hauptanziehungspunkt bildet natürlich die Internationale Polizeitechnische Ausstellung...

Der Newyorker Gesangsverein „Babische Harmonie“

Der auf einer mehrtägigen Rundfahrt durch das badische Heimatland einen Besuch abstattete und überall begeisterte Aufnahme fand, traf Samstag Mittag kurz nach 2 Uhr, von Baden-Baden kommend, zur letzten Etappe dieser Heimatfahrt in der badischen Landeshauptstadt ein...

Überbürgermeister Dr. Hüter hieß alsdann in einer Ansprache die Gäste herzlich willkommen in der alten Heimat Baden und inmitten des deutschen Volkes...

Das Konzert, das der Gesangsverein „Babische Harmonie-Newyork“ am Samstag Abend in Verbindung mit der Karlsruher Sängervereinigung und dem Karlsruher Sängerkorps im großen Festhallsaal gab...

Der Schauspieler Baumbach in den Dienst seiner Aufgabe zu stellen versuchte, nicht den Eindruck des berechneten Theaters zu werden. Baumbachs Sühn schlug nicht unmittelbar in Bann mit der unwiderstehlichen Gewalt einer Naturerscheinung...

Gleich das erste Bild in der Schenke mislang trotz des gut gezeichneten Milieus. Siegfried Nürnberg als Glasbläserdirektor, der eine Hauptmann ähnliche Maske sich zurechtgemacht hatte, enttäuschte. Es fehlte ihm die mit einem Busch heraldischer Lebenswürdigkeit gemischte Lebensgewandtheit...

Das zweite Bild, die Hütte des alten Sühn, war in der Raumgestaltung am besten gelungen. Hier erreichte auch die Aufführung ihren künstlerischen Höhepunkt. Hier konnte Sühn menschlich sein, braucht nicht das Naturwesen zu betonen...

wahl der Darbietungen der Gäste, die meist Vaterland und Muttererde als unauslöschliches Bindglied behandelten, eine Atmosphäre feilschen Verbundenheits und Stammesverwandtschaft schuf...

Einen würdigen Abschluß fand der Besuch am Sonntag Abend mit einem ihm zu Ehren gegebenen Bankett im großen Festhallsaal, das sich eines außerordentlich starken Besuches erfreute. Bei dem Bankett wirkten mit: Opernsängerin Kelly Schläger...

Noter-Kreuz-Tag 1925. Eingeleitet von zwei prächtigen Chören des Karlsruher Männergesangsvereins und umrahmt von stimmungsvollen Musikvorträgen der Schülerkapelle nahm am Sonntag die Übung der freiwilligen Sanitätskolonne im Stadtgarten den besten Verlauf...

Karlsruher Nennen. Auf den Kennwiesen bei Klein-Müppur kamen gestern Nachmittag die Karlsruher Frühjahrs-Pferdenennen zum Austrag. Die leider nur mäßigen Besuchsaufweisen hatte, was angesichts der wertvollen sportlichen Leistungen sehr zu bedauern ist...

Um drohenden Kampf in der Holzindustrie. Die Arbeitnehmer in Baden haben den Karlsruher Schlichtungsausschuss angerufen. Dieser hat sich am Samstag für zuständig erklärt...

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe vom 15. Juni, 8 Uhr morgens. Durch die Kältezufuhr von Norden hat sich die Abkühlung des Rheingebiets verzögert...

da sich über England und Nordsee ein neues Temperatursteigegebiet ausgebildet hat. Voraussichtliche Witterung für 16. Juni: wechselnd bewölkt, langsame Erwärmung.

Bandel und Wirtschaft Berliner Devisennotierungen

Table with columns for location (Amsterdam, Kopenhagen, Italien, London, Newyork, Paris, Schweiz, Wien, Prag) and exchange rates for 15. Juni and 12. Juni.

Der Londoner Feingoldpreis. Nach einer Bekanntmachung der Reichsbankstelle vom 10. Juni ds. Jrs. beträgt der Londoner Goldpreis für eine Unze Feingold 84 sh 11 1/2 d bezgl. für ein Gramm Feingold 32,777 Pence.

Verschiedenes

Wetterumschlag

pr. Berlin, 15. Juni. Nachdem anscheinend überall eine starke Abkühlung eingetreten war, sind am Sonntag in Norddeutschland über Berlin und Umgebung heftige Regengüsse niedergegangen...

Die Wasserkräftwerke in der Schweiz. Aus einer Zusammenstellung in dem vom Wasserwirtschaftsverband Zürich herausgegebenen Werke betitelt „Wasserkräfte der Schweiz“ geht hervor, daß der Wasserkräfteumfang der Schweiz ca. 6 bis 8 Millionen PS beträgt...

Staatsanzeiger

Nr. 58 201. An die Gemeinden, Kreise, Stiftungen, Sparkassen und ihre Aufsichtsbehörden: Der Steuerabzug vom Arbeitslohn ist mit Wirkung vom 1. Juni 1925 wie folgt geändert worden: A. Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrages...

herauszuholen ist, um sie aus einer Mischung von abgeklärter Weisheit und sympathischer Menschlichkeit aufzubauen. Eigenartig und unverständlich fand ich die Regieanordnung...

Die Aufführung brachte keine Lösung des schwierigen Inszenierungsproblems von „Und Pippa tanzt“. Aber sie bot viel des Schönen und Interessanten und namentlich in Dahlers Michel Hellriegel künstlerisch Wertvolles...

Gemälde- und Skulpturausstellung badischer Künstler. Am 1. Juli wird im städtischen Kurhaus zu Donaueschingen eine Gemälde- und Skulpturausstellung eröffnet, deren Eigenart nicht nur in den ausgestellten, durchweg neueren Werken vieler badischer oder zu Baden in engster Beziehung stehender Künstler besteht...

Internationale Polizeitechnische Ausstellung in Karlsruhe

Die Frankfurter Polizeiwochens auf der Karlsruher Polizeiausstellung

Am gestrigen Sonntag trafen die Teilnehmer der vierten polizeiwissenschaftlichen Woche zu einem Besuche der Internationalen polizeitechnischen Ausstellung in Karlsruhe ein. Um 10 Uhr fand im Raum der internationalen Ausstellungen eine Begrüßungsfeier statt, die mit einem Musikstück Nordlandsfolk von Grieg, vorgetragen durch die Vereinigung badischer Polizeimusiker, eröffnet wurde.

Der Regierungskommissar, Oberregierungsrat Dr. Ward, hieß hierauf die Gäste im Namen des badischen Innenministers aufs herzlichste willkommen. Er würdigte dabei die Polizeiwochens als einen bei den bereits in längerer Praxis stehenden Beamten besonders geschätzten Sonderlehrgang. Auch die Karlsruher Ausstellung werde den Besuchern, vor allem auf dem Gebiete des Erkennungsdienstes und des Straßendienstes vieles Neue und Anregende bieten. Der Redner wies dabei besonders auf die Ausstellung der römischen Polizeischule von Prof. Dr. Ottolenghi und auf die Ausstellung der weiblichen Polizei hin. Unter lebhaftem Beifall der Anwesenden begrüßte Oberregierungsrat Dr. Ward den an diesem Tage eingetroffenen Delegierten des Newyorker Polizeipräsidenten Richard E. Enright, den Kommandanten Rothengast. Die Polizeien aller Länder müßten, so schloß der Redner, ein enges Band beruflicher Kameradschaft umschlingen. Denn im Kampfe gegen das Verbrechertum müßten alle Polizeibeamten in geschlossener Einheitsfront stehen.

Im Namen der Teilnehmer der Frankfurter Polizeiwochens dankte Ministerialdirektor Dr. Wegg-Berlin für die Begrüßung. Sie alle seien davon überzeugt, daß die Veranstaltung einer polizeitechnischen Ausstellung eine wirklich große Tat sei, für die Baden ein besonderer Dank gebühre. Die Polizei sei für alle Staaten zweifellos das beste Fundament für den Wiederaufbau. Auch dieser Redner sprach dem Newyorker Polizeipräsidenten den Dank aus für das große Entgegenkommen, das die deutschen Besucher der Newyorker Polizeiwochens gefunden hätten und für das Interesse, das Präsident Enright der Karlsruher Ausstellung entgegenbringe. Dr. Wegg gab dann einen kurzen Überblick über die Entwicklung der Polizei und den außerordentlich schnellen Aufstieg der Polizei- und Kriminalwissenschaften. Er hob dabei hervor, daß die deutsche Polizei nichts anderes sein wolle, als ein Instrument des Friedens. Die Polizeien aller Länder müßten in enger Kameradschaft und Gemeinschaft zusammenwirken. Dieser gemeinsamen Arbeit diene auch die Karlsruher Polizeiausstellung. Mit dem nochmaligen Dank an die badische Regierung und die badischen Polizeibehörden für den großen Dienst, den sie durch die Ausstellung der Fachwelt und den Laien aller deutschen Länder geleistet haben, schloß der Redner seine gleichfalls mit starkem Beifall aufgenommenen Darlegungen. Nach einem Musikstück der Polizeimusiker erfolgte die Besichtigung der Ausstellung unter sachgemäßer Führung und die Vorführung polizeilicher Filme, bei denen die Vorführungen aus dem Berliner Straßendienst und vom Newyorker Polizeikonferenz besonderes Interesse fanden.

Kommandant Rothengast hatte kurz zuvor dem Regierungskommissar Oberregierungsrat Dr. Ward die herzlichen Grüße seiner Chefs überbracht. Der Newyorker Polizeipräsident, der durch die Wahlen am persönlichen Erscheinen verhindert ist, begleitet die Ausstellung mit seinen besten Wünschen für einen vollen Erfolg. Oberreg. Rat Dr. Ward knüpfte daran Worte höchster Anerkennung für Herrn Enrights Verdienste um die Förderung des Polizeiwesens. Er hat den Delegierten, ihm den Dank und Gegengrüße der badischen Regierung und Ausstellungsgesellschaft zu übermitteln.

Um 1 Uhr gab die Freie Vereinigung für Polizeitechnik zu Ehren der Gäste ein Frühstück im Café Nevada, an dem auch der Minister des Innern, Remmels, teilnahm. Der Vorsitzende der Vereinigung, Gendarmerieobersteuermann Diez begrüßte den Minister, die Teilnehmer der Frankfurter Polizeiwochens und die Vertreter der Freien Vereinigung für Polizei- und Kriminalwissenschaften. Er dankte Ministerialdirektor Dr. Wegg für die erwiesene Gastfreundschaft und betonte auch hier den Wert enger Zusammenarbeit aller Polizeien.

Kriminalchemie und -mikroskopie

Über dieses Thema sprach am 12. Juni vor zahlreich erschienenen Zuhörern Dr. van Ledden-Hulstebusch (Amsterdam). Die vielen praktischen Vorführungen ließen einen Einblick gewähren in die mannigfaltige Arbeit, die es im Kriminallaboratorium zur Unterstützung der Polizei und der Strafverfolgungsbehörden zu leisten gilt.

Aus dem Gebiete der Detektivmikroskopie zeigte der Redner besonders konstruierte Apparate für photographische Aufnahmen von Fingerabdrücken unmittelbar von der am Latort verwendeten Folie unter Ausschaltung des Negativs. Den Kopfspiegel, wie er sonst nur von Ärzten verwendet wird, präsentierte der Vortragende als das beste Mittel zur Durchsichtung des Innern von Schiffschächern und Waffenkästen auf besondere Merkmale. An Hand eines von ihm selbst konstruierten Apparates zur Statunterforschung, wies er auf die besondere Bedeutung dieser Untersuchung hin; so sei es ihm z. B. gelungen, einen Verbrecher in der Person eines ehemaligen Kolonialsoldaten zu überführen, nachdem in den Fäkalmassen Wurm-eier von tropischen Parasiten gefunden worden waren. Ein kleiner elektrischer Staubsauger, den der Vortragende aus einer Coartodenmaschine gefertigt hat, ermöglichte es ihm, einen Rest, an dessen Rand ein weißer Fleck entdeckt worden war, der Tat zu überführen. Besondere Aufmerksamkeit verdiente die Mikroskopmikroskopie, vor allem für die Untersuchung von Schriftstücken. Den Hauptteil seiner Ausführungen widmete der Redner den ultravioletten Strahlen, die organische und anorganische Stoffe zum Leuchten bringen. Auf diese Weise könne z. B. festgestellt werden, von welchen Mineralölen bestimmte Fettfäden herrühren; auch das Vorhandensein von Spermatiden bei Sittlichkeitsdelikten, die Dintenart, mit der Drabriefe, falsche Schecks usw. geschrieben wurden, die Art der Klebstoffe, die zur Schließung rechts-wändig geöffneter Briefe verwendet wurden, lassen sich auf diesem Wege ermitteln.

Durch zahlreiche Fälle aus seiner reichen Praxis wußte Dr. van Ledden-Hulstebusch seine Ausführungen, die von den Zuhörern mit großem Beifall beachtet wurden, sehr lebendig zu gestalten. Zum Schluß teilte er mit, daß er eine Anzahl interessanter Fälle aus seinem Laboratorium in der allgemeinen Ausstellung zur Schau stellen werde, wofür ihm namens aller Besucher besonderer Dank gesagt sei.

Ordentlicher Verbandstag des Verbandes der Polizeibeamten Badens

Nach einem glänzend verlaufenen Festbankett, das unter Mitwirkung erster Künstler, sowie der Badischen Polizeikapelle, der Gesangs- und Sportabteilung der Karlsruher Polizeibeamten Freitagabend im großen Festhallsaal stattfand, tagte am Samstag die Arbeitsgemeinschaft der badischen Polizeibeamtenverbände im kleinen Festhallsaal. Als Gäste waren u. a. erschienen: Innenminister Remmels, Ministerialreferent O. Weg-Mat Dr. Ward, Landtagspräsident Dr. Baumgartner mit Abgeordneten verschiedener Parteien, Generalstaatsanwalt Dr. Oefner, Polizeioberst Blantenborn und Landrat Schalte.

Der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft, Böller, richtete an die Anwesenden herzliche Begrüßungsworte. Er bedauerte, daß die Gendarmerie noch abseits des Verbandes stehe, und lenkte dann den Blick auf die dringende Notwendigkeit der wirtschaftlichen Besserstellung der unteren Polizeibeamten. Leider sei das Existenzminimum noch nicht erreicht und die große Not habe im verfloffenen Jahre dazu geführt, daß im letzten manche Kollegen aus Nahrungsgründen Hand an sich legten. Der Redner bezeugte die Verehrung des Polizeiverfassungsgesetzes als die Forderung des Tages und schloß unter lebhaftem Beifall mit der Erneuerung des Kreuzesbundes auf die Verfassung.

Landtagspräsident Dr. Baumgartner überbrachte die Grüße der Volksvertretung. Er fand Worte hoher Anerkennung für das eiserne Pflichtgefühl der Polizeibeamten und betonte, daß der Landtag ebenso wie die politischen Parteien alles daran setzen werden, bis das Ziel der Sicherung des Existenzminimums für die unteren Befolungsgruppen erreicht ist.

Darauf übermittelten die Polizeibeamten von Hessen, Württemberg, Preußen, Sachsen und Hamburg durch ihre Vertreter die besten Wünsche für den Verlauf der Tagung. Im gleichen Sinne sprach der Vorsitzende des Badischen Beamtenbundes. Aus Österreich, Schweden, der Schweiz und Holland waren Glückwunschsgramme eingelaufen.

Nach Eintritt in die Tagesordnung hielt Geh. Adm.-Rat Graf, Rechtsberater des Deutschen Beamtenbundes Berlin, ein Referat über das Beamtenrecht. Er sieht in der badischen Gesetzgebung wohl gewisse Mängel, aber auch mancherlei Vorzüge. Scharfe Kritik übte der Redner am Reichsbeamtenrecht, das er beseitigt wissen will. Auch die Polizeibeamten wollten unter demselben Rechte stehen, wie die übrigen Beamten. Sie wünschten Überführung in das Berufsbeamtenrecht und zur Lösung der Berufsfrage eine ausreichende Beförderung. Badens Volksvertretung und Regierung mögen zusammen mit der Organisation gegen die Wirtschafts- und Leistungsnot der Polizeibeamten kämpfen.

In der Aussprache wiederholte Minister Remmels, daß die Versorgungs- und Anstellungsverhältnisse unzulänglich seien. Er verwies auf die Anläufe Badens, um eine Besserung zu erreichen. Aber immer stelle sich das Sperrgesetz hindernd in den Weg.

Ministerialdirektor Dr. Wald-Berlin machte interessante Ausführungen über die Stellung des Beamten im Staat. Einem einheitlichen Beamtenrecht im Reich sehe der Wille der Länder auf Erhaltung ihrer Selbstständigkeit entgegen. Der Referent für Polizeifragen im Deutschen Beamtenbund, Siering, betonte die Unerschütterlichkeit des Treueverhältnisses der Polizeibeamten zum Staat.

Der Vorsitzende des Verbandes der Staatspolizeibeamten Badens, Schwarzwalder, stellte fest, daß zwischen Regierung und Polizeibeamten ein bestes Verhältnis herrsche.

Nach einem Schlußwort des Referenten erstattete Geschäftsführer Hoch den Geschäftsbericht, der alle die bereits mitgeteilten Forderungen und Wünsche auch seinerseits noch einmal hervorhebt. Angenommen wurde u. a. ein Antrag, wonach die badische Regierung bei der Reichsregierung Schritte unternehmen soll, um eine Beförderungsbesserung von mindestens 20 Prozent auf das Gesamtgehalt, wovon ab 1. April 1924, zu erwirken.

Bei dem Bankettabend am Freitagabend im großen Saal der Festhalls konzertierte die badische Polizeikapelle, Leitung Obermusikmeister J. Heffa, die Gesangsabteilung der Karlsruher Polizeibeamten, Leiter Chormeister Haffel, trug Männerchöre vor. Als Solisten wirkten mit Fr. Agnes Hermann, Opernsängerin, Herr Otomar Voigt, erster Konzertmeister am Landestheater und Karl Müller, Konzertfänger. Alle musikalischen Darbietungen fanden großen Beifall. Das Mederturnen, Leiter Zugwachtmeister Mülle, bot Stilleleistungen. Unter Leitung des Riegenführers Schüßler produzierte sich eine aus Polizeibeamten und Mitgliedern des Athletik-Sportvereins „Germania-Sportfreunde“ zusammengesetzte Abteilung im Jonglieren mit 30 Pfundgewichten. Pyramiden unter Benützung von Pferd und Fuß, von etwa 40 Ausübenden (Leiter Polizei-Oberst. Brenner) und lomb. Stab- und Reulübungen (Leiter Krim.-H. Krömer).

Nach Begrüßungsworten durch den Vorsitzenden der Ortsgruppe Karlsruhe, Bachmeister Schreiber, hielt der Vorsitzende des Landesverbandes der Polizeibeamten Badens und Hessens, Hoch, die Festansprache. Er begrüßte die Vertreter der staatlichen und städtischen Behörden, die Landtagsabgeordneten usw. Der Abend habe in erster Linie den Zweck, die Polizeibeamten mit der Bevölkerung in Kontakt zu bringen und die gegen die Polizei vorhandene Abneigung zu überwinden. Vertreter des Volkes zu sein, erfüllen die Beamten trotz größter wirtschaftlicher Not. Sie können der Dienst und die Aufgaben der Polizei schöner und klarer dem Volke gezeigt werden, wie in dieser internationalen polizeitechnischen Ausstellung. Redner schloß mit einem Hoch auf die badische Polizei, den Volksstaat Baden und die Hauptstadt Karlsruhe.

Landesverband der badischen Polizeibeamten

Im Laufe des Freitag hat auch der Landesverband der badischen Staatspolizeibeamten hier seine Landesversammlung abgehalten. Der Geschäftsbericht beginnt ebenfalls mit dem Hinweis auf die ungenügende Beförderung. Eine Reihe geprüfter Beamten wartet auf die Beförderung. Bedauernd wird, daß dem Antrag der Organisation und des Generalstaatsanwalts auf Schaffung von weiteren 50 Stellen für Kriminalkommissäre nicht entsprochen wurde. Von dem Beamtenabbau blieben die Polizeibeamten im allgemeinen verschont.

In der lebhaften Aussprache ergriff auch der mit dem Polizeireferenten, Oberregierungsrat Dr. Ward, anwesende Innenminister Remmels das Wort, der zugestand, daß die derzeitigen Beförderungsverhältnisse unbillig seien. Man sei an die Maßnahmen des Reiches gebunden; aber die Regierung werde alles tun, um eine Besserung herbeizuführen. — Die Anliegen der Beamten der Staatspolizei wurden in einer Reihe von Anträgen zum Ausdruck gebracht.

Polizei und Presse

Über das Thema „Polizei und Presse“ hielt Freitag Nachmittag auf der Tagung der Badischen Polizeibeamten, die in Verbindung mit der Internationalen polizeitechnischen Ausstellung hier stattfindet, Ministerialdirektor Dr. Wald-Berlin, einen Vortrag, der zwar mehr instruktiven Charakter für die Zuhörer hatte, aber auch eines allgemeinen Interesse nicht ermangelte.

Der Redner stellte als bedauerliche Tatsache fest, daß bei uns vielfach noch nicht der erforderliche Kontakt zwischen Behörden und Polizei bestehe. Wenn die Polizei in dieser Beziehung verhältnismäßig am besten dastehet, so liege das einmal daran, daß es sich bei ihr meist um örtliche Tageszeitungen handle, mit denen ein Verkehr sich als selbstverständlich ergebe, dann aber auch, weil die Polizei in stärkerem Maße in der Lage sei, der Presse mit Informationen an die Hand zu gehen und weil andererseits die Polizei der Presse in weitem Maße zur Aufklärung bedürfe. Der Redner behandelte sodann die Frage der zweckmäßigsten Ausgestaltung dieses gegenseitigen Verkehrs, aber auch die Grenzen, die der Polizei in ihren Informationen an die Presse gezogen sind.

Bei der Verwaltungspolizei sei eine persönliche Führungnahme mit der Presse sehr zu empfehlen, um sie über die wichtigsten bei Verordnungen usw. laufend zu unterrichten. Dabei betonte der Redner, von dem eigentlichen Thema abweichend, die Notwendigkeit die bestehenden Polizeiverordnungen in keinen Handbüchern überflüssig zusammenzufassen, die alten Polizeiverordnungen, soweit sie veraltet sind, ausmerzen und so in aller Kürze den bestehenden Rechtszustand in handlicher Form mehr als bisher der Allgemeinheit zugänglich und vertraut zu machen. Die Schutzpolizei dagegen müsse in ihren Mitteilungen äußerst vorsichtig sein, um der Staatsanwaltschaft die Arbeit nicht zu erschweren. Andererseits müsse sie bei Aufsehen erregenden Fällen durch kurze sachgemäße Mitteilungen an die Presse zur Beruhigung beitragen und könne namentlich durch Warnungen in der Presse der Öffentlichkeit Dienste erweisen; aber auch da empfehle sich, im Benehmen mit zuständigen Organisationen vorzugehen. Auch beim Vorgehen der Polizei bei strafbaren Pressevergehen empfehle sich ein vorsichtigeres Vorgehen, da Mißgriffe hier einen sehr unliebsamen Resonanzboden hätten. Die Strafprozessordnung bedürfe mannigfacher Reform der Presse gegenüber, so hinsichtlich der schleunigen Aufklärung angesichts der Kürze der Verjährung, andererseits aber auch hinsichtlich der Beschlagnahme von Tageszeitungen, die einen schweren wirtschaftlichen Eingriff darstellten.

Zum Schluß skizzierte der Redner die Grundeinstellung der Polizei der Presse gegenüber dahin, daß die Presse als wichtigstes Aufklärungsmittel der Polizei in der Öffentlichkeit bedeutende Dienste zu leisten imstande sei, ohne die eine geordnete Verwaltung überhaupt und namentlich die Polizei schwer denkbar und möglich sein würde. Andererseits habe die Polizei alles Interesse daran, daß die Presse ihrer Aufgabe durch eine möglichst hohe Stufe der kulturellen Entwicklung voll und ganz gerecht werden könne. Ohne die Presse — das habe s. B. in Berlin der Generalstreik anlässlich des Kappzuges schlagend bewiesen —, sei den schlimmsten Gerüchten Fähr und Tor geöffnet. Somit sei eine gut geleitete Presse das wichtigste Hilfsmittel für die Polizei, ohne die letztere ihre Aufgabe kaum durchführen könne. Daraus ergab sich, daß die Polizei die Presse sachgemäß unterstützen und ihr jede Auskunft geben müsse, die zu verbreitern nicht konkrete polizeiliche Interessen oder bestehende gesetzliche Bestimmungen verbieten; denn sonst verbaue man der Presse den unmittelbaren Weg der Information und zwingt sie, irrenden Irrwegen zu gehen, woraus mancherlei Mißstände entstehen könnten, so daß Aufkommen von privaten Aufsehenerregenden Vorläufern feigen bernehmen usw. und dann auf diese Weise sich eigene, manchmal schiefere Berichte verschaffen, deren Veröffentlichung nur ungünstig wirken könne. Die Polizei habe es daher durch sachgemäße Informationen in der Hand, solche Auswüchse hintanzuhalten.

Fernidentifizierung

Über das Verfahren der Fernidentifizierung sprach am 12. Juni vor zahlreich erschienenen Dr. Schäfer aus Kopenhagen an Stelle des leider durch Krankheit verhinderten Geschäftsführers des Verbandes, des Herrn Dr. Olfon Jørgensen (Kopenhagen) nach Dankesworten an die Ausstellungsgesellschaft, die einen Vortrag über das Fernidentifizierungsverfahren besonders gewürdigt habe, erörterte der Redner in sehr anschaulicher Weise Bedeutung und Zukunft des Jørgensen'schen Systems.

Auf Einzelheiten dieses zunächst noch kompliziert aussehenden, in Wirklichkeit aber sehr einfachen Systems kann hier nicht eingegangen werden. Seine Hauptbedeutung liegt in der Umformung der Fingerabdruckmerkmale zur telegraphischen Übermittlung. Das Problem des raschen Austausches von Fingerabdrücken unter den Polizeiverwaltungen aller Länder kann damit als gelöst betrachtet werden. Das Jørgensen'sche Verfahren ermöglicht bei internationalen und professionellen Verbrechern eine schnelle und außerordentlich sichere Feststellung der Identität der Person an Ort und Stelle, während nach der bisherigen Signalementmethode von Fingerabdrücken immer erst die Stelle ausfindig gemacht und zur Identifizierung herangezogen werden muß, bei der schon ein Fingerabdruck der festgenommenen Person notwendig ist. Das von dem Kopenhagener Fernidentifizierungsbüro herausgegebene Magazin enthält bereits 5000 Nummern von Fingerabdrücken internationaler Verbrecher.

Der Redner schloß mit der Bitte, die Bestrebungen des Kopenhagener Fernidentifizierungsbüros tatkräftig zu unterstützen. Die Erkennungsdienste Karlsruhe, Berlin, Hamburg, München und Stuttgart haben die Übersendung geeigneter Materials nach Kopenhagen zugesagt. Den Vortrag löhnte reichlicher Beifall.

Besonders sei noch erwähnt, daß Herr Dr. Schäfer sich in dankenswerter Weise zur Zeit der Mühe unternahm, für Schweizerische und deutsche Polizeibeamte einen Kursus zum genauen Studium des genannten Verfahrens in Karlsruhe abzuhalten.

Geschäftliches

Die Fabrik Carl Meß, Karlsruhe i. B. zeigt auf der Internationalen Polizeiausstellung einen Krankenwagen auf Benz-Chassis, dessen feine sachgemäße Ausführung großen Beifall findet. Ein bei der Firma Meß in Arbeit befindlicher Motorradwagen für 11 Mann und Polizeibereitschaftswagen für 20 Mann wird durch ausgestellte Zeichnungen erläutert. Da das Feuerwehrgesetz besonders auch im Ausland mit dem Postwesen in Zusammenhang steht, so führt die genannte Firma Meß auch eine Automobildrehleiter und Automobildrehspritze vor, die in bekannter erstklassiger Ausführung besten Eindruck erwecken.